

Niederschrift

**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Baesweiler
im Sitzungssaal des Rathauses Setterich am 17.01.2012**

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 18.55 Uhr

Anwesend waren:

a) Bürgermeister Dr. Linkens als Vorsitzender
(stimmberechtigt gem. § 57 Abs. 3 GO NRW)

b) stimmberechtigte Mitglieder:

Beckers, Rolf
Bockmühl, Gabriele
Burghardt, Jürgen
Dederichs, Norbert
Geller, Herbert
Lankow, Wolfgang
Mandelartz, Alfred
Menke, Wilfried

Mohr, Bruno
Mohr, Christoph
Puhl, Mathias
Reiprich, Hans-Dieter
Scheen, Wolfgang
Schmitz, Hendrik
Hummes, Dieter
für Zantis, Jürgen

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
Beigeordneter Brunner
StOVR Schmitz
StVR Derichs
St'Ang. Behren als Schriftführerin

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 10.01.2012, für Dienstag, 17.01.2012, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung in den Sitzungssaal des Rathauses Setterich einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht worden.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

TAGESORDNUNG

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2011
2. Resolution bezüglich eines sofortigen Verbots der Kameradschaft Aachener Land;
hier: Einvernehmlicher Beschluss zu einem gemeinsamen Vorgehen auf der Bürgermeisterkonferenz am 19.12.2011
3. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012
4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012
5. Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Baesweiler
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

8. Gründung und Beteiligung der Stadt Baesweiler an Gesellschaften
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2011**

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2011 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Resolution bezüglich eines sofortigen Verbots der Kameradschaft Aachener Land;

hier: Einvernehmlicher Beschluss zu einem gemeinsamen Vorgehen auf der Bürgermeisterkonferenz am 19.12.2011

Das Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsradikalismus hat sich mit dem der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Appell vom 28.11.2011 für ein sofortiges Verbot der Kameradschaft Aachener Land ausgesprochen.

Der Rat der Stadt Herzogenrath hat sich daraufhin in seiner Sitzung am 13.12.2011 einstimmig diesem Appell angeschlossen.

Sachverhalt:

Mit o.g. Appell hat das Herzogenrather Bündnis gegen Rechtsextremismus aus aktuellem Anlass ein sofortiges Verbot der Kameradschaft Aachener Land gefordert. Neben Erläuterungen zu rechtsradikalen Tätigkeiten in der Region wird darin festgestellt, dass es Beziehungen zwischen der KAL und der rechtsradikalen Zwickauer Terrorzelle geben soll.

Außerdem wird auf folgende Argumentation abgestellt:

„Die Kameradschaft Aachener Land bekennt sich offen zur nationalsozialistischen Weltanschauung, verherrlicht und propagiert diese. Außerdem geht sie in Wort und Tat gegen die Gegner dieser Weltanschauung und alle, die nicht in ihr Weltbild passen, vor. Sie sät Hass gegen Migrantinnen und Migranten. Damit wendet sich die KAL in kämpferischer Weise gegen die Menschenrechte und die demokratischen Grundrechte des Grundgesetzes. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene werden angeworben und nationalsozialistisch indoktriniert. All diesem ist konsequent nur mit einem Verbot der KAL zu begegnen. Die vielen Straftaten, die durch Mitglieder der KAL verübt und aus der Gruppe heraus geplant wurden zeigen, dass der Einsatz von V-Leuten ohne Erfolg ist.

Beispiele für das o.a. Verhalten: Sendung eines Briefes mit einer Milzbrandattrappe an die jüdische Gemeinde in Aachen, Ablegen einer Bombenattrappe vor dem autonomen Zentrum in Aachen, Drohungen und bewaffnete Angriffe auf das autonome Zentrum und auf Privatpersonen, bewaffneter Angriff auf eine friedliche Anti-Nazi-Demonstration, Denunziationsaufruf und Aufruf zur Jagd auf politische Gegner auf der Webseite mit unmittelbaren Folgen für die Betroffenen, wiederholte neonazistische und antisemitische Schmierereien und Sachbeschädigungen, wiederholtes Feiern von Hitlers Geburtstag auf der Webseite und durch Aktionen in der Öffentlichkeit, tätlicher Angriff auf Nazigegner und Polizisten bei einer Flugblattverteilaktion in der Aachener Innen-stadt, Bekenntnis zur Terrorgruppe NSU auf der KAL-Webseite, u. v. a. mehr.“

Nach erster Einschätzung der Verwaltung ist die Kameradschaft Aachener Land zwar nicht vereinsrechtlich organisiert, spricht nicht als Verein eingetragen, kann jedoch dennoch nach Vereinsrecht verboten werden.

In der Bürgermeisterkonferenz am 19.12.2011 haben sich alle Bürgermeister der Städteregion Aachen dafür ausgesprochen, das Anliegen zu unterstützen und in den jeweils zuständigen Räten eine entsprechende Resolution vorzuschlagen.

Es ist ein gemeinsames Ansinnen, gegen Rechtsradikalismus Geschlossenheit zu demonstrieren, was durch eine von allen getragene Resolution geschehen kann.

Ratsmitglied Mandelartz erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung uneingeschränkt zustimmen werde. Er richtete außerhalb des Beschlusses die Bitte an die Verwaltung, bei den zuständigen Behörden Informationen darüber einzuholen, inwieweit Verbindungen der Neo-Nazi-Szene in die Region bzw. in die Stadt Baesweiler vorhanden seien.

Bürgermeister Dr. Linkens erklärte, dass die Verwaltung im intensiven Kontakt zum Polizeipräsidenten stehe und er hierzu im nicht öffentlichen Teil weitere Informationen weitergeben werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Baesweiler schlug dem Stadtrat einstimmig vor, sich dem Appell des Herzogenrather Bündnisses gegen Rechtsradikalismus vom 28.11.2011 anzuschließen und ein sofortiges Verbot der rechtsradikalen Kameradschaft Aachener Land zu fordern.

3. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012 liegt nach öffentlicher Bekanntmachung am 21.12.2011 in der Zeit vom 21.12.2011 bis einschließlich 31.01.2012 öffentlich aus. Bis einschließlich 12.01.2012 konnten Einwohner oder Abgabepflichtige Einwendungen gegen diesen Entwurf erheben.

Einwendungen von Einwohnern und Abgabepflichtigen sind nicht eingegangen.

4. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 20.12.2011 zugeleitet worden. Anlässlich der Einbringung des Planentwurfes wurde bereits darauf hingewiesen, dass erforderliche Änderungen zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. zur Stadtratssitzung am 31.01.2012 mitgeteilt werden.

Im Hinblick darauf, dass die Einbringung des Haushaltes zu einem relativ späten Zeitpunkt erfolgt ist, kann auch auf vielfältige, sonst erst im Beratungsverfahren bekanntwerdende Veränderungen und deren Beratung verzichtet werden. So sind insbesondere bei den Planansätzen für die Schlüsselzuweisungen und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer Ansatzveränderungen nicht erforderlich, da zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Informationen vorliegen; bei den Schlüsselzuweisungen wurde die vom Landesamt in NRW erstellte erste Modellrechnung berücksichtigt und die Verabschiedung des GFG 2012 im Landtag NRW ist frühestens im Februar 2012 vorgesehen. Auch zu den Ansätzen der veranschlagten Einkommensteuer sind bis heute keine weiteren Erkenntnisse, die zu einem höheren oder geringeren Planansatz führen würden, hier vorliegend.

Lediglich bei der im Planentwurf mit bisher 11.675.000 € veranschlagten allgemeinen Städteregionsumlage sowie der Regionsumlage an den Zweckverband "Aachener Verkehrsverbund" (bisheriger Planansatz 363.000 €) sind Anpassungen der Planansätze erforderlich. Die Planung ging davon aus, dass die Regionsumlage auf 43,604 % festgesetzt wird. Der Städteregionstag hat zwischenzeitlich die Haushaltssatzung 2012/2013 beschlossen und dabei endgültig den Umlagesatz auf 43,912 % festgesetzt. Dies führt zu einer höheren Zahlungsverpflichtung bei der Stadt Baesweiler; der Mehrbedarf beläuft sich auf 83.000 €. Der Aufwandsansatz ist festzusetzen mit 11.758.000 €.

Die Regionsumlage an den Aachener Verkehrsverbund wurde in Vorjahreshöhe mit 363.000 € gebildet. Tatsächlich wird nun auf Grund des gestiegenen umlagefähigen Aufwandes sowie eines für Baesweiler höheren Umlageschlüssels (Linien-Minuten und Wagen-km) eine Zahlung in Höhe von etwa 417.500 € erforderlich. Der Planansatz ist somit um 54.500 € zu erhöhen.

Darüber hinaus wird es erforderlich, die Ertragsposition "Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen" von bisher 240.000 € um 66.000 € zu reduzieren (verzögerte Gründung und Beteiligung an einer Gesellschaft).

Durch die vorstehend genannten Veränderungen entstehen in der Summe Verschlechterungen in Höhe von zunächst 203.500 €. Diese Verschlechterungen können ausgeglichen werden durch eine Anhebung des Ansatzes für die Gewerbesteuer. Auf Grund der erfreulichen Entwicklung der zu erwartenden Einnahmen aus den veranlagten Vorausleistungen für das Haushaltsjahr 2012 wird vorgeschlagen, den Ansatz für Erträge aus der Gewerbesteuer von bisher 7.270.000 € auf nun 7.500.000 € anzuheben.

Durch den erhöhten Ertragsansatz für die Gewerbesteuer besteht in der Folge eine Anhebung der Ansätze für die zu zahlenden Gewerbesteuerumlagen in Höhe von zwei Mal 19.800 €, sodass letztlich von der Ansatzanhebung bei der Gewerbesteuer in Höhe von 230.000 € noch Verbesserungen in Höhe von 190.400 € verbleiben.

Die vorstehend erläuterten Planansatzveränderungen sind in der der Originalniederschrift beigefügten Anlage 2 -Seite 1- dargestellt. In der Summe führt dies

nun dazu, dass die Gesamterträge gemäß § 1 der Haushaltssatzung 2012 (ordentliche Erträge zuzüglich Finanzerträge) von bisher 47.578.958 € um 164.000 € auf nun 47.742.958 € steigen.

Der Gesamtbetrag der Aufwendungen gemäß § 1 der Haushaltssatzung der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2012 (ordentliche Aufwendungen zuzüglich Finanzaufwendungen) erhöht sich von bisher 50.064.781 € um 177.100 € auf 50.241.881 €. Demnach ergibt sich ein neuer Fehlbetrag in Höhe von 2.498.923 € (bisher 2.485.823 €).

Der in § 4 der Haushaltssatzung auszuweisende Betrag zur Verringerung der Ausgleichsrücklage wird auf 2.498.923 € festgesetzt. Die Ausgleichsrücklage hat nach dieser Entnahme einen voraussichtlichen (Rest-) Bestand von ca. 72.000 € (Anfangsbestand: 9.526.958,95 € abzüglich der prognostizierten Entnahmen in den Jahren 2009, 2010, 2011 und gemäß Planentwurf 2012: 2.498.923 €).

Anpassung von Planansätzen für Investitionen

Bei den in der der Originalniederschrift beigefügten Auflistung gemäß Anlage 2 aufgeführten Investitionen handelt es sich in allen Fällen um Nachveranschlagungen. Diese Maßnahmen waren durch ihre Haushaltsansätze bzw. Sollübertragungen in 2011 finanziert.

Die Haushaltsansätze im Planentwurf wurden bereits im August/September 2011 ermittelt. Auf Grund des Baufortschritts ist nun eine Anpassung der Ansätze erforderlich.

Lediglich im Falle der baulichen Umsetzung CAP (I2008-0106) erfolgt eine Neuveranschlagung. Unter Berücksichtigung des Landeszuschusses verbleibt eine Belastung in Höhe von 6.200 €.

Gleiches gilt für den Umbau des Regenrückhaltebeckens Adenauerring (I2009-0035). Hier erfolgt eine 100 %ige Kostenerstattung durch den WVER.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2012 für Investitionen möglich ist, wurde im Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 auf 3.724.858 € festgesetzt.

Durch die in der der Originalniederschrift beigefügten Auflistung dargestellten Veränderungen für die Finanzierung der Investitionen steigt der Kreditbedarf auf 4.665.708 €.

Die Steigerung in Höhe von 940.850 € ist hauptsächlich auf "Nachveranschlagungen" aus 2011 zurückzuführen und stellt lediglich eine Verschiebung dar.

Zu den Nachveranschlagungen konnten entsprechende Landes-/Bundeszuschüsse sowie Kostenerstattungen berücksichtigt werden.

Weiter wurden die Durchführungen von Maßnahmen verschoben. Entsprechende Verpflichtungsermächtigungen wurden -wie in der Anlage 2, Seite 2 der Originalniederschrift ausgewiesen - festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2012 zu Lasten der Folgejahre steigt von bisher 3.475.000 € um 490.000 € auf 3.965.000 €.

Mit Schreiben vom 09.01.2012 hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Baesweiler beantragt, den Haushaltsplanentwurf 2012 "durch die Streckung bzw. Zurückstellung von geplanten Investitionen, die nicht zwingend im Jahr 2012 durchgeführt werden müssen, zu entlasten, damit auf die Umwandlung des Sportplatzes Schmiedstraße/Adenauerring zum Wohngebiet verzichtet werden kann." Hinsichtlich der weitergehenden Begründung wird auf den der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten Antrag verwiesen.

Hinsichtlich der im Antrag angesprochenen unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen und Vorschläge zur Haushaltsplanänderung wird angemerkt, dass

- im Schulausschuss ausdrücklich eine Entscheidung über die Schaffung einer Sekundarschule nicht getroffen wurde und Einigkeit bestand, die Entwicklung abzuwarten.
- Bei Verzicht des Ausbaues des Sportplatzgeländes zum Baugelände entstehen in der Summe mehr als 1,1 Mio EUR (davon in 2012: 400.000 €) Ertragsausfälle, die das Defizit 2012 von derzeit etwa 2,5 Mio EUR auf etwa 2,9 Mio EUR erhöhen würden.
- Bei Verzicht des Ausbaues des Sportplatzgeländes zum Baugelände würde in Höhe von mehr als 1,5 Mio EUR (in 2012 etwa 650.000 €) ein zusätzlicher Darlehensbedarf zur Finanzierung der insgesamt veranschlagten Investitionen entstehen, was zu einer weiteren Belastung des Ergebnisplanes über erforderliche Zinsleistungen führen würde (jährlich etwa 70.000 €). Die für den Ausbau des Plangebietes erforderlichen Ausgaben werden durch entsprechende Beiträge gemäß Kommunalabgabengesetz weitgehend refinanziert und stellen von daher keine nennenswerte Belastung für den Haushalt der Stadt Baesweiler dar.

Bei allen von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Kanal- und Straßenbaumaßnahmen handelt es sich um veranschlagte Investitionen, deren Verschiebung nicht ohne weiteres möglich ist, weil auf Grund von Kanalbefahrungen Mängel festgestellt wurden und nach den Vorgaben der Sūkkan (Selbstüberwachungsverordnung Kanal) dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Eine weitergehende Aufschiebung der Maßnahmen in Folgejahren führt dann letztlich zu einem Sanierungsstau, der unbedingt zu vermeiden ist.

- Hinzu kommt, dass es sich bei den in der Summe mit 925.000 € dargestellten Verbesserungen mit 825.000 € um Auszahlungen für Investitionen handelt, die nur im Finanzplan zu einer Reduzierung des Kreditbedarfs führen. Der Unterschied zwischen Finanzplan und Ergebnisplan ist jedoch zu berücksichtigen. Die Summe ist darüber hinaus um die im Haushalt 2012 für diese Baumaßnahmen zur Finanzierung veranschlagten Einzahlungen aus Beiträgen um 146.000 € zu reduzieren, sodass es letztlich nur zu Wenigerauszahlungen

beim hier nicht relevanten Finanzplan in Höhe von 679.000 € kommen würde.

- Nur die vorgeschlagene Streichung der außerordentlichen Instandsetzungen im Bereich des ITS mit 100.000 € würde zu einer Minderung des Defizites im Ergebnisplan führen. Allerdings ist auch diesbezüglich darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um erforderliche Maßnahmen handelt.

Würde dem Vorschlag der SPD-Fraktion entsprochen, würde dies zu einem Defizit im Ergebnisplan 2012 von etwa 2,9 Mio EUR führen. Dies hätte zunächst für 2012 die Genehmigungspflicht des Haushaltes zur Folge, da die Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung des auszuweisenden Fehlbetrages ausreicht und eine Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage erforderlich wird. Darüber hinaus ergäbe sich für das Jahr 2013 ein Defizit von mehr als einem Zwanzigstel der allgemeinen Rücklage (ca. 2,7 Mio EUR). Gemäß § 76 der Gemeindeordnung NRW wird die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes dann zwingend, wenn in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren diese allgemeine Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern ist. Durch die Verbesserung der Ertrags-situation und damit durch die Schaffung des neuen Baugebietes sollte letztlich die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verhindert werden.

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage und ging hierbei auf die Veränderungen ein. Bezüglich der Anregung der SPD-Fraktion zu Einsparungen bei Kanalbaumaßnahmen verwies er ebenfalls auf die Stellungnahme in der Vorlage. Ausgaben-Reduzierungen bei Kanalbaumaßnahmen fänden sich im Finanzplan, wirkten sich aber nur zu ungefähr 1/70 im Ergebnisplan bei den Abschreibungen aus. Insofern sei dies kein ausreichender Gegen-Finanzierungsausgleich.

SPD-Fraktionsvorsitzende Bockmühl bedankte sich zunächst bei Kämmerer Schmitz, der der SPD bei den Haushaltsplanberatungen intensiv zur Seite gestanden habe. Die SPD-Fraktion habe bewusst den Vorschlag gemacht, bestimmte Maßnahmen zu strecken, die ihrer Meinung nach guten Gewissens verschoben werden könnten. Dass diese Einsparvorschläge sich nur zu einem geringen Teil auf den Ergebnisplan auswirkten, nehme man zur Kenntnis. Nach wie vor sei es der SPD-Fraktion aber ein wichtiges Anliegen, den Bereich des Sportplatzes in Setterich nicht zu Bauland zu machen. Bei der Schulentwicklung sei derzeit viel in Bewegung. Man verbaue sich hier die Chance, auf diese Entwicklungen zu gegebener Zeit einzugehen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Puhl betonte, dass im Schulausschuss Einigkeit darüber bestanden habe, eine Entscheidung über die Schaffung einer Sekundarschule zunächst nicht zu treffen, sondern so lange abzuwarten, bis konkreter Handlungsbedarf bestehe. Er betonte, dass Sport im Wesentlichen in der Halle stattfindet. In Absprache mit der Realschule sei auch erörtert worden, dass auf dem Schulgelände genügend Platz vorhanden sei, um z.B. Sprunggruben für Hoch- und Weitsprung zu errichten. Diese Möglichkeit sei auch von der Realschule begrüßt worden.

Eingehend auf den Vorschlag der SPD-Fraktion, die Instandsetzung des ITS zu verschieben, stellte Herr Puhl die besondere Bedeutung des ITS heraus, das durch seine Wirtschaftsförderungsaktivitäten für Gewerbesteuer-Einnahmen Sorge. Bei Kanalerneuerungen und -sanierungen müsse die Stadt vorbildhaft vorgehen. Des Weiteren reichten die eingesparten Beträge nicht aus, um den Haushalt zu sanieren. Unabhängig von der Finanzlage, die eine Ausweisung der in Rede stehenden Fläche erfordere, gebe es auch schon Interessenten für dieses Bauland.

Ratsmitglied Mandelartz erklärte, dass die SPD-Fraktion sich der Haushaltslage sehr bewusst sei. Deshalb habe sie sich auch um einen Finanzierungsvorschlag bemüht. Auch in der Vergangenheit seien Straßenprojekte immer wieder gestreckt worden, um flexibler handeln zu können. Den Hinweis der Kämmerei auf das neue Haushaltssystem und die sich daraus ergebenden Veränderungen nehme man zur Kenntnis. Herr Mandelartz unterstützte Frau Bockmühl aber nochmals deutlich in der Auffassung, die Stadt solle sich keinesfalls mit dem Verkauf der in Rede stehenden Fläche alle Möglichkeiten verbauen, sich stadtentwicklungsmäßig an neue Gegebenheiten anzupassen.

Dr. Linkens betonte, dass er es für sehr positiv halte, dass sich die Mitglieder des Rates und des Ausschusses so intensiv mit dem Haushalt beschäftigten.

Er wies darauf hin, dass in Baesweiler auch nur eine Sportanlage vorhanden sei. Auch die Barbaraschule und die Realschule könnten den Sportplatz an der Wolfsgasse nutzen. Des Weiteren sei dort die Dreifachsporthalle vorhanden. Entscheidend sei die Notwendigkeit, das Defizit im zulässigen Rahmen zu halten. Ansonsten warnte er davor, dass die Stadt Baesweiler in das Haushaltssicherungskonzept abrutschen und dann im Nothaushalt landen werde.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktions Bündnis 90 / Die Grünen verwies auf seine ausführliche Stellungnahme in der Sitzung des Stadtrates am 20.12.2011. Mit der Sportanlage in der Wolfsgasse sei in Setterich ein weiterer Sportplatz vorhanden, der von allen Schulen gut erreichbar sei. Der Standort in der Wolfsgasse solle möglichst gestärkt werden. Er schlug deshalb vor, im Bau- und Planungsausschuss festzuhalten, wo an dem Sportplatz in der Wolfsgasse Verbesserungen möglich seien und ob aus anderen Haushaltspositionen hierfür Mittel bereit gestellt werden könnten. Die Stärkung eines Sportplatz-Standortes halte er für eine vernünftige und zukunftsfähige Lösung.

Bezüglich des Haushaltes 2011 fragte er nach, ob es erste Signale für mögliche Haushaltsverbesserungen gebe. Aus dem Rechnungsergebnis sei teils entnehmbar, dass beispielsweise die Entwicklung bei der Gewerbesteuer günstiger verlaufe als ursprünglich veranschlagt. Bezogen auf den Haushalt 2012 hätte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen keine Änderungsanträge, da diese bereits im Laufe des Jahres 2011 gestellt wurden und man weitere Anträge in 2012 stellen werde. Dennoch sei seine Fraktion nicht mit allem wunschlos glücklich. Bei einzelnen Handlungsbedarfen sei auch auf die Qualität der Umsetzung zu achten.

Hierauf werde er in der nächsten Sitzung des Stadtrates detailliert eingehen. Bei der heutigen Beschlussfassung werde die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich traditionsgemäß enthalten. Eine endgültige Entscheidung werde in der nächsten Stadtratsitzung getroffen.

Eingehend auf die Frage von Herrn Beckers zu der Tendenz bezüglich des Haushaltes 2011 erklärte Kämmerer Schmitz, dass das Haushaltsdefizit für 2011 mit 2,5 Mio. Euro angesetzt wurde. Nach dem zum 30.09. vorgelegten Budgetbericht werde das Defizit 1,862 Mio. Euro betragen. Zu bedenken sei allerdings, dass zum Jahresende noch eine Reihe von Buchungen offen stünden, insbesondere die Rückstellungen hinsichtlich Personalaufwendungen und Unterhaltungsmaßnahmen. Verbesserungen in Höhe von 250.000 € seien bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Verschlechterungen werde es geben bei den Rückstellungen für Beihilfen und Pensionen. Hier sei eine höhere Forderung der Rhein. Versorgungskasse zu erwarten. Dennoch erwarte er nach wie vor ein Defizit von ca. 1,8 Mio. Euro. Der Budgetbericht zum 31.12.2011 werde den Ratsmitgliedern voraussichtlich in der für Ende Februar 2012 geplanten Sitzung vorgelegt.

Ratsmitglied Scheen betonte, dass die CDU-Fraktion sich die Entscheidung, das Gelände des Sportplatzes als Bauland auszuweisen, nicht leicht gemacht habe. In Abwägung der Tatsachen habe man aber keine andere Möglichkeit gesehen. In einer Bürgerversammlung des CDU-Ortsverbandes in der vergangenen Woche mit mehr als 100 Besucherinnen und Besuchern habe man u.a. zu diesem Thema informiert. Seitens der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger seien keine wesentlichen Fragen mehr gestellt worden, nachdem die Situation umfangreich erklärt wurde. Es sei angesichts der nicht von der Stadt verursachten negativen Finanzlage Verständnis erkennbar gewesen.

Auch wollte Herr Scheen den Schulstandort Setterich nicht schlechter geredet wissen als er sei. In der Wolfsgasse sei eine Sportanlage mit 2 Plätzen vorhanden, die von allen Schulen benutzt werden könne. Insofern schloss er sich den Ausführungen von Herrn Beckers an.

Frau Bockmühl erklärte, dass die SPD-Fraktion sich bei dem heutigen Beschlussvorschlag enthalten und eine Entscheidung im Rat treffen werde.

Herr FDP-Fraktionsvorsitzender Reiprich teilte mit, dass seine Fraktion aus Gründen der finanziellen Notwendigkeit dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat mit 13 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen vor, die Haushaltssatzung 2012 mit - Plan und Anlagen in der Form des vorliegenden Entwurfes und unter Berücksichtigung der gemäß Anlage 2 der Originalniederschrift dargestellten Änderungen zu beschließen.

5. Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Baesweiler

Gemäß § 117 GO NRW hat die Stadt Baesweiler einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung zu erläutern ist.

Der Bericht dient der Information der Ratsmitglieder und Einwohner.

Der Beteiligungsbericht ist entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erstellt worden und dem Entwurf der Haushaltssatzung beigefügt (Nr. 7.5 des Inhaltsverzeichnisses).

Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 % beteiligt ist, sind gemäß § 1 II Nr. 9 GemHVO zusätzlich mit ihren Jahresabschlüssen, Lageberichten und Berichten über die Einhaltung der öffentlichen Zielsetzungen dem Haushaltsplan beizufügen (Nrn. 8.6 bis 8.7 des Inhaltsverzeichnisses).

Mit mehr als 50 % ist die Stadt Baesweiler an der ITS - Internationales Technologie- und Service-Center Baesweiler GmbH und an der Baesweiler Entwicklungsgesellschaft mbH beteiligt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor, den Beteiligungsbericht 2012 sowie die Anlagen über die Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Baesweiler zur Kenntnis zu nehmen.

6. Mitteilungen der Verwaltung

1. In einem Mehrfamilienhaus in der Jülicher Straße hatte es am gestrigen Tage gebrannt. Bürgermeister Dr. Linkens bedankte sich ausdrücklich bei der Freiwilligen Feuerwehr. Zurzeit stehe die Verwaltung in Gesprächen mit den Betroffenen hinsichtlich einer Unterstützung durch die Baesweiler Bürgerstiftung und die Organisation "Menschen helfen Menschen".

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied Lankow, inwieweit die Stromüberlastung, die zu dem Brand geführt hatte, auf Mängel in der Haustechnik zurück zu führen seien und der Eigentümer evtl. angehalten wurde, dies überprüfen zu lassen, um zu verhindern, dass in den Nachbarhäusern des gleichen Bautyps ähnliches passieren könne, erklärte Beigeordneter Brunner, dass seinem Kenntnisstand nach nicht eine defekte Stromleitung für den Brand ursächlich gewesen sei, sondern ein Mehrfachstecker, an dem mehrere Verbraucher angeschlossen waren. Dies habe zu einer Überlastung geführt. Baulich müsse aber nichts nachgebessert werden.

2. In der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses wurde das Thema "Stärkung des Einzelhandels im Stadtteil Baesweiler" vorgestellt. Dr. Linkens erklärte, dass der sich im Zentrum befindende Lebensmittelmarkt über eine deutlich zu geringe Verkaufsfläche verfüge, sodass dort seitens des Unternehmens dringender Handlungsbedarf gesehen werde. An dem vorhandenen Standort habe der Lebensmittelmarkt keine Zukunft. Die Thematik wurde intensiv diskutiert. Eine Lösung für die Standortfrage dürfe nur innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches gesucht werden. Als einzige Fläche für eine evtl. Ansiedlung eines Vollsortimenters komme lediglich der Bereich "Am Feuerwehrurm" in Frage.

Die Fraktionsvorsitzenden seien seitens der Verwaltung bereits mehrfach darüber informiert worden, dass beabsichtigt sei, ein Gutachten erstellen zu lassen, um den Bedarf und die Auswirkungen eines solchen Projektes für die Innenstadt zu analysieren. Dieses Gutachten solle in den nächsten Tagen in Auftrag gegeben werden, um danach erneut im Fachausschuss über das Thema zu beraten.

Dr. Linkens machte deutlich, dass das Baesweiler Zentrum zukunftssicher gestärkt werden müsse. In Kenntnis der Entwicklungen könne nicht abgewartet werden, da die Planung Zeit erfordere. Wichtig sei insbesondere, eine zentrale Verbindung zur Innenstadt im Bereich des Feuerwehrturms zu schaffen. Auch müsse eine ausreichend große Zahl von Parkplätzen für das evtl. anzusiedelnde Unternehmen und die vorhandenen Geschäfte in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden. Der zentrale Platz solle weiterhin für die Brauchtumpflege und die Tradition zur Verfügung stehen. Dies sei dem Junggesellenverein gegenüber bereits deutlich gemacht worden. Im übrigen müsse für das dann frei werdende Ladenlokal in der Innenstadt eine attraktive Nutzung gefunden werden. Er selbst und I. und Techn. Beigeordneter Strauch nahmen heute an der Generalversammlung des Gewerbeverbandes Baesweiler teil, um auch dort das Thema anzusprechen. Außerdem stellte Dr. Linkens zu diesem Thema ein Bürgerforum in Aussicht.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es wurden keine Fragen gestellt.